

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegraphen-Adressen.
Volksfreund Schneeberg.

Verleger:
Schneeberg 21.
No. 22.
Schneeberg 15.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Gartenstein, Johanns-
georgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

Nr. 295

Donnerstag, 19. Dezember 1895.

48.
Jahrgang.

Auf Folium 116 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma **Schiff. Henschel & Cie.** in Johannsgeorgenstadt gelöscht worden.
Johannsgeorgenstadt, den 16. Dezember 1895.

Königliches Amtsgericht.
Schubert.

Gasthofsversteigerung.

Auf Antrag der Erben soll das zum Nachlasse des Gasthofsbesizers **Ernst Albert Lange** in **Lößnitz** gehörige $\frac{1}{2}$ Handrohhut, Nr. 7 B des Brand-Cat., Nr. 67, 68, 69 a, 403, 404, 405, 406 und 407 des Grundbuchs und Folium 7 des Grund- und Hypothekensuchs für **Lößnitz**, auf welchem die **Gerechtigkeit zum Bier- und Brauwirtschaft, Gastiren, Scherbergen und Tanz- und Musikhalten** ruht,
den **30. Dezember 1895,**
Mittags 10 Uhr,

an Ort und Stelle unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich versteigert werden.

Im Anschlusse hieran gelangen das zum Vorgehens Nachlasse gehörige todte und lebende Inventar sowie das sonstige Mobiliar zur öffentlichen Versteigerung, wozu Kaufstübhaber anzufragen eingeladen werden.
Rixberg, den 13. Dezember 1895.

Das **Königliche Amtsgericht** daselbst.
Richter.

Fußwegreinigung Schneeberg betr.

Es ist die irige Reinigung verbreitet, als müßten die Hausbesitzer zu der ihnen regelmäßig obliegenden Reinigung der Fußwege längst ihrer Häuserfronten von Eis und Schnee sowie zum Streuen bei Glätte (vergl. nachstehend § 25 der Straßenordnung) erst durch die Schuttmannschaft noch im Einzelfall aufgefordert werden. Diese Reinigung ist irrig, und sind vielmehr die Hausbesitzer zu den Pflichten nach § 25 der Straßenordnung schon mittels besonderer Aufforderung verpflichtet, sobald die Reinigung von den Straßen durch Ratweereinigung notwendig wird.

Dieserigen, welche diesen Verpflichtungen nicht sofort nachkommen, sondern erst die Erinnerung abwarten, setzen sich geordneten Straßen aus.
Schneeberg, den 14. Dezember 1895.

Der Stadtrath.

Dr. von Boydt.

§ 25. Jeder Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter ist verpflichtet, daß vor seinem Grundstück die hinlaufende Treppe stets reinlich zu erhalten; inselbst muß er im Winter den an seinem Hausgrundstücke hinlaufenden Fußweg stets von Schnee und Eis möglichst frei erhalten, bei Schnee- und Eisglätte denselben mit Sand oder Asche bestreuen und glatte Stellen aufhaken.

Ist die Schnee- oder Eisglätte über Nacht entstanden, so ist dieser Vorchrift spätestens bis den andern Morgen früh 8 Uhr nachzukommen.

Inselbst haben die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter dafür zu sorgen, daß die an den Dachrändern sich bildenden Eiszapfen sofort heruntergeschlagen werden, so daß durch deren herabfallen Niemand verletzt werden kann.

Nach starkem Schneefall ist der Schnee von den Dächern so bald als möglich zu beseitigen, während dem, sowie überhaupt an gefährdeten Stellen sind Stangen anzuhängen und Fußweg wie Fahrweg von den herabgefallenen Schneemassen unverzüglich zu befreien.

Bürgerfeuerwehr Schneeberg betr.

Unter Bezugnahme auf § 9 der Feuerpolizei- und Feuerlöschordnung hiesiger Stadt werden diejenigen männlichen Einwohner hier, welche im Jahre 1874 geboren sind und nicht

einer der beiden freiwilligen Feuerwehren oder dem feuerwehrendienstlichen Schützenzuge angehören oder beim Bergbau beschäftigt sind, hierdurch bei Vermeidung von Geld- bez. Haftstrafe aufgefordert, sich zur Stammliste der dienstpflichtigen Feuerwehr bis zum 15. Januar 1896 mündlich oder schriftlich in der Rathsexpedition anzumelden.
Schneeberg, den 17. Dezember 1895.

Der Stadtrath.

Dr. von Boydt.

Nr.

§ 9. Die Feuerwehrendienstpflicht beginnt mit dem Kalenderjahre, in dem der Dienstpflichtige das 22. Lebensjahr vollendet und dauert bis zum Schlusse des Kalenderjahres, in welchem der Dienstpflichtige das 40. Lebensjahr vollendet hat.

Schulbau Aue.

Die Ausführung der Tischler- und Schloßarbeiten zum Bau unseres Schulgebäudes soll an die Mindestfordernden jedoch unter Vorbehalt der Auswahl unter den Bewerbern vergeben werden.

Gewerke, welche sich um Uebertragung der Arbeiten bewerben wollen, können Preislisten in unserem Stadtbauamt entnehmen, woselbst auch Zeichnungen und Probestücke zur Ansicht der Bewerber anliegen.

Diese Preislisten sind ausgefüllt, beschliffen und mit der Aufschrift der betreffenden Arbeit versehen bis zum

30. d. Mts., Abends 6 Uhr

daselbst wieder einzureichen. Später eingehende Preislisten bleiben unberücksichtigt.
Aue, am 18. Dezember 1895.

Der Rath der Stadt.

Dr. Reichmar.

Holz-Versteigerung auf dem Staatsforstrevier Döckau.

Am **Montag, den 23. Dezember 1895** von vorm. 9 Uhr an sollen im „Rathstetel“ in Aue

folgende von Durchforstungs-, Schlagräumungs- und Darrholzern in den Abtheilungen 3-5, 7-12, 17-19, 25-29, 32, 35, 38-41 sowie auf den Kunstwiesen an der Mulde anbereiteter Knochholzer und zwar:

1263	Stück u. Stämme	von 10-19 cm Mittelfürte,	
195	h. Kiefer	13-61	2-5 m Länge,
2976	„ „	8-15	3, u. 4 m Länge,
707	„ „	16-22	
204	„ „	23-41	3, „
9580	„ „	8-15	Unterfürt,
44, „	„ „	5-7	

sowie

Montag, den 20. December 1895 von vorm. 9 Uhr an im **Gasthofs „zur Sonne“** in Döckau

die in den obengenannten Abtheilungen aufbereiteten **Brennhölzer**, als:

36	Rm. h.	26	Rm. w. Brennholz,
48	„ „	232	„ „ Brennholz,
54	„ „	10	„ „ Boden,
212	„ „	519	„ „ Kiste,

unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen, versteigert werden.

Kgl. Forstrevierverwaltung Döckau u. Kgl. Forstrentamt Eibenrod,
am 18. December 1895.

J. B.:

Lehrer, Forstassessor.

Verlag.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die gestrige (10.) Sitzung des Reichstags eröffnete Präsident Frhr. v. Bülow um 1 Uhr 20 Min. Am Bundesrathstisch waren Staatsminister Dr. v. Boetticher und Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky erschienen. Im Laufe waren beim Beginn der Sitzung nur etwa 25 Abgeordnete anwesend.

Bei Beratung der Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetz nimmt Abg. Graf Ranitz (l.) Anlaß, auf die Entwicklung unseres Finanzwesens in den letzten 10-15 Jahren einen Blick zu werfen. Namentlich die Handelsverträge hätten einen sehr ungünstigen Einfluß auf die Einnahmen ausgeübt. Persönlich bemerkt der Redner gegen die Abg. Dr. Barth und Dr. Paasche, er hätte nur gesagt, daß nach vielen Handelskammerberichten die Geschäftslage ungünstig und daher der erwartete Aufschwung in Folge der Handelsverträge ausgefallen sei.

Abg. Richter (frei.) spricht seine Verwunderung aus, daß man, selbst wenn in den Handelskammerberichten wirklich denartige Klagen, daraus solche Schlüsse ziehen wolle. Eine Anzahl von Rechnungsbüchern werden ohne Debatte erledigt und zum Theil der Rechnungscommission überwiesen.

In Fortsetzung der ersten Beratung des G. E., betreffend die **Handwerkskammern**, wendet sich Abg. Dr. Paasche (frei. Sp.) gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Lehmann, der bereits einen Minister sterben und einen Garg ersetzen ließ, und die Regierung eine manchesterliche genannt hätte, nachdem sie so lange unter dem Banner der laienlichen Volkspartei gekämpft. Die freistimmige Vereinigung wolle für die Vorlage stimmen, wenn darin einige Aender-

ungen vorgenommen würden. Die Haltung der Konservativen und desentrums zu den Handwerkskammern sei verständlich, nicht aber die der Nationalliberalen. Dieser hätten diese sich doch immer gegen Zwangsmaßnahmen ausgesprochen. In dem anderen Entwurfe wären aber Zwangsmaßnahmen gefordert. Der Vorlage fehle nicht der Unterbau überhaupt, wie von ihren Gegnern gesagt werde, sondern nur der Unterbau, den man dort wünsche. Die Regelung des Lehrlingswesens für den Fachunterricht der Lehrlinge hätte mit dem Entwurf nichts zu thun, man solle vor Allem den Sonntag wieder freigeben. (Zwischen ist der Handelsminister Frhr. v. Berlepsch im Saal erschienen.) Seine Partei wolle nicht nur die künstlichen Handwerker an Handwerkskammern oder Vertretungen beteiligen, sondern alle Handwerker. Wie die Innungen überhaupt dazu kämen, im Namen aller Handwerker zu sprechen? (Zwischenruf des Abg. Lehmann v. Sonnenberg: Nicht die Zahl, sondern die Größe sollen entscheiden.) Alles, was man aus Österreich von dem dortigen Handwerkswesen über, sei eine einzige große Klage gegen den Lehrlingsnachweis. Es würde nie ein Vorteil, sondern eine Fessel für das Handwerk gegenüber dem Großbetrieb sein. Man möge solche Experimente auf Kosten der Nation lieber unterlassen. Es sei nicht wahr, daß das Handwerk allgemein Rath leide, und zweitens, daß es früher stets ohne Rath gewesen. Viele dächten, wenn nur der böse Herr v. Boetticher nicht da wäre und der gute Herr v. Berlepsch da wäre (Zwischenruf: Er sitzt ja da, Seitenleit). Man lese seine Kraft an ein Wort, das nie dem Handwerk zum Frommen gereichen könne. Schließlich müsse sich jeder besonnene Handwerker sagen, daß er nicht Alles vom Staat verlangen könne, sondern seiner eigenen Kraft bedienen müsse.

Abg. Bod (Soz.): Die Handwerker müßten sich nur

heute die rechte Seite des Hauses ansehen, dann würde sie an der Leere ihre Freude haben. Wenn dem Handwerk mit warmem Herzen und guten Riden geholfen werden könnte, würde es prächtig mit ihm. Nach dem konservativen Rezept wäre es sehr einfach, dem Handwerk zu helfen, nur die Regierung wolle nicht, namentlich nicht der böse Herr v. Boetticher. Redner zitiert zum Beweise für diese Behauptung einige Stellen aus der „Deutschen Tageszeitung.“ Wenn aber Innungen und Befähigungsnachweis dem Handwerk auch nicht helfen, was dann? Dann empfehlen künstliche Mittel bereits eine Besteuerung der Maschinen, eine Besteuerung der fabrizierten Artikel u. s. w., gegen welchen Rückschritt denn wohl Niemand blind bleiben würde. Man mache dem Handwerk Versprechungen, die man nicht erfüllen könne. Die Regierung komme schon jetzt den Handwerkern so weit entgegen, wie sie irgend könne, aber die Künstler könne sie nicht zufrieden stellen. Diese wollten nicht einsehen, daß das Handwerk mit der Großindustrie und dem Kapitalismus nicht konkurrieren könne.

Freiherr v. Stamm nahm die Zwangsmaßnahmen gegen den von Bod erhobenen Vorwurf, daß sie die Selbstständigkeit der großen Masse der Handwerker unterdrückten, in Schutz, indem er diesen Vorwurf den Sozialdemokraten zurückgab. Er trat dann für einen auf einzelne Handwerke beschränkten Befähigungsnachweis ein. Der Centrumsabgeordneter Lehmann verteidigte die Künstler gegen die von den Vorrednern erhobenen Angriffe.

Staatssekretär v. Boetticher bemerkte, daß im Reichs Minister über solche Vorlagen nicht zu sprechen und wiederholte im Uebrigen die bereits gestern gegebenen Erklärungen.

Der nationalliberale Freiherr von Herrnsheim betonte, daß er gestern für Commissionsberatung eingetreten sei und